



„Mut zur Heimat“

Kommunalwahlprogramm 2020 - AfD-Kreisverband Dortmund -

Präambel

Wir sind bürgerlich-freiheitliche, patriotische Dortmunder, die fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehen und sich auf dieser Basis für die Mitbürger in unserer Stadt einsetzen. Jeden Extremismus von Links oder Rechts lehnen wir entschieden ab.

Der AfD-Kreisverband Dortmund besteht seit Mai 2013, unsere Ratsfraktion seit Mai 2014. Seitdem bieten wir unserer Stadt eine echte politische Alternative: An Stelle von Filz, zunehmenden Denk- und Sprachverboten und Medien, die uns totschweigen oder gezielt diskreditieren, bestimmen bei uns freie Rede und Vernunft das politische Handeln. Bei uns stehen unsere Leute, nämlich unsere Bürger, im Mittelpunkt des politischen Engagements. Wir wollen unsere Heimat erhalten und wir wollen sie dort für die Bürger wieder zurückholen, wo sie bereits ein Stück weit verloren gegangen ist.

Mit unseren freiheitlich-konservativen Grundsätzen wollen wir einen Beitrag dazu leisten, das Ende einer jahrzehntelangen Politik der fortdauernden Verschuldung der Stadt einzuläuten und endlich wieder Sicherheit und Ordnung in allen Stadtteilen zu gewährleisten. Wir sehen vor allem in der anhaltenden kulturzerstörerischen Migration und in der wachsenden und immens hohen Schuldenlast Dortmunds in Höhe von 2,7 Mrd. Euro eine erhebliche Gefahr für die Lebensqualität aller Bürger und für die Zukunft unserer Kinder und Enkel.

Wir stehen für demokratische Mitbestimmung und wollen die Menschen dazu ermutigen, Politik aktiv mitzugestalten. Wir setzen uns dabei für größtmögliche Transparenz bei politischen Entscheidungen ein. Dazu zählen bei uns auch eine Ausweitung der Mitspracherechte und eine direkte politische Beteiligung der Bürger.

I. Migration und Rückführung

„Dortmund - sichere Heimat statt sicherer Hafen.“

In Dortmund leben rund 1750 Ausländer, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Hierbei handelt es sich insbesondere um ausreisepflichtige Ausländer, die keinen Asylstatus vorweisen können und trotzdem von der Stadt geduldet werden. Zahlreiche Ausländer erhalten bereits Sozialleistungen nach dem SGB. Die stetige Zuwanderung aus Afrika und den arabischen Ländern überfordert den Dortmunder Stadthaushalt und die Integrationskraft unserer Bürgerschaft. Ein ausreisepflichtiger Ausländer, den die Stadt trotz Ausreisepflicht nicht abschiebt, kostet den Dortmunder Steuerzahler 1375 Euro monatlich. Die teils illegale Zuwanderung nach Dortmund **kostet in Dortmund den Steuerzahler** derzeit rund 40 Millionen Euro jährlich. Rund 700 Wohnungen des städtischen Wohnungsvorhalteprogramms werden durch Migranten besetzt. Inzwischen leben rund 11.000 anerkannte Asylbewerber in Dortmund in privaten Wohnungen. Hierdurch steigt der Konkurrenzdruck auf dem Wohnungsmarkt zwischen Einheimischen und Zugewanderten.

Dortmund braucht daher eine **„Abschiebeinitiative 2020“** sowie einen **„Masterplan Remigration“** zur Rückführung illegaler sowie ausreisepflichtiger Ausländer. In Dortmund leben rund 1.800 ausreisepflichtige Ausländer, die von der Stadt geduldet werden. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass Ausländer ohne Bleibeperspektive immer wieder zum Sicherheitsrisiko erwachsen. Kriminelle Ausländer sind zuvorderst rückzuführen. Unsere Ausländerbehörde muss endlich „Ausreisebehörde“ werden und darf nicht länger die fatale Willkommenspolitik mittragen. Eine weitere Aufnahme von Migranten im Rahmen des Projektes „Seenotbrücke“ lehnt die AfD Dortmund ab. Die bisherige Duldung ausreisepflichtiger Ausländer durch die Stadt ist zu beenden. Bis zu ihrer Abschiebung sind ausreisepflichtigen Ausländern im Rahmen der Gesetze Sach- statt Geldleistungen durch die Stadt zu gewähren. Sie sind zentral und nicht auf dem privaten Wohnungsmarkt unterzubringen.

II. Staatsbürgerschaft und Einbürgerungspraxis

„Kein Ausverkauf der deutschen Staatsbürgerschaft.“

Die deutsche Staatsbürgerschaft steht am Ende eines gelungenen Integrationsprozesses. Menschen, die Deutschland als ihre Heimat angenommen haben, ihre Kinder nach unseren Werten erziehen und Steuern zahlen, sind aus Sicht der AfD herzlich in unserer Stadt willkommen. Allerdings lehnt die AfD einen Ausverkauf der deutschen Staatsbürgerschaft ab. Einbürgerungskampagnen der Einbürgerungsstelle der Stadt, die suggerieren, die deutsche Staatsbürgerschaft wäre ohne Kraftanstrengung des Einbürgerungswilligen zu erhalten, sind einzustellen. Zudem ist das 4-Augen-Prinzip bei Ermessungseinbürgerungen einzuhalten. Derzeit entscheidet ein Behördenmitarbeiter über die Einbürgerung - diese Praxis öffnet Tür und Tor für Korruption und Fehlentscheidungen. „Einbürgerungen sind keine Selbstverständlichkeit, sondern ein Privileg.“

III. Islam

„Der Islam gehört nicht zu Dortmund.“

In Dortmund leben immer mehr Menschen muslimischen Glaubens. Die AfD achtet die Religionsfreiheit, lehnt aber die Einflussnahme des politischen Islams ab. Prunkvolle Moscheen als Symbol eines dominant-politischen Islams braucht unsere Stadt nicht. Ausländisch-finanzierten Moscheen oder solche, deren Träger vom Verfassungsschutz beobachtet werden, sind keine Baugenehmigungen zu erteilen. Wir verlangen bei jedem Bau von Moscheen eine Bürgerbefragung. Inzwischen leben rund 2.900 Salafisten in NRW, 700 davon gelten nach Angaben des Landesverfassungsschutzes als gewaltbereit. Viele Migranten ohne Bleibeperspektive lassen sich durch „Rekrutierungsversuche“ der Islamisten für den „heiligen Krieg“ gewinnen – wer keine Bleibeperspektive hat, muss daher außer Landes gebracht werden. Zu Recht fordert der „Sachstandsbericht: Bekämpfung des gewaltbereiten Salafismus als gesamtstädtische Aufgabe“ die Verstärkung von Deradikalisierungsprogrammen. Diese haben flächendeckend auch in den Dortmunder Schulen stattzufinden.

Jegliche Form von Antisemitismus, auch der religiös islamisch motivierte, aber auch und insbesondere importierte Homophobie dürfen nicht aus Gründen der politischen Korrektheit und Vielfaltsblindheit verschwiegen werden.

IV. Zuwanderung aus Südosteuropa

„EU-Sozialtourismus konsequent stoppen.“

Dortmund musste im Jahr 2018 rund 18 Millionen Euro an Sozialleistungen für EU-Zuwanderer aufbringen. Hauptgruppe mit 9039 EU-Zuwanderern sind Unionsbürger aus Rumänien und Bulgarien, darunter viele Angehörige der Volksgruppe der Roma. Mehr als die Hälfte der südosteuropäischen Zuwanderer lebt in der Nordstadt. Insgesamt sind hier 4750 EU-Zuwanderer offiziell in Dortmund gemeldet, davon 2600 allein im Umfeld des Nordmarktes. Nur 38,8 Prozent dieser EU-Zuwanderer geht einer Beschäftigung nach. 3034 Personen beziehen Leistungen nach dem SGB II. Die AfD Dortmund fordert ein konsequentes Vorgehen gegen den Sozialmissbrauch durch EU-Zuwanderer. Sie begrüßt den Zuzug von arbeitswilligen Unionsbürgern, fordert aber ein Ende von Transferleistungszahlungen an Sozialbetrüger. Straffälligen Unionsbürgern sowie Sozialleistungsbetrüger ist das Freizügigkeitsrecht zu entziehen. Hierzu bedarf es einer behördenübergreifenden Kooperation aus Gewerbe-, Ausländer- und Sozialamt. Zudem fordert die AfD Dortmund ein groß angelegtes Rückführungsprogramm von solchen Unionsbürgern, die dauerhaft Sozialleistungen beziehen. Rückführungsprogramme sind ausdrücklich im SGB XII vorgesehen und werden derzeit kaum von der Stadtverwaltung beworben.

V. Frauenrechte

„Frauenrechte durchsetzen - freiheitliche Lebensart bewahren.“

Insbesondere Frauen werden Opfer von sexueller Gewalt. Laut Dortmunder Polizei ist die Anzahl von Vergewaltigungen und öffentlichen Belästigungen massiv angestiegen. Parkanlagen der Stadt sind ausreichend auszuleuchten. Unsere Parks und Grünanlagen müssen verstärkt von Mitarbeitern des Ordnungsamtes bewacht werden. Es darf keine Angsträume für Frauen in unserer Stadt geben.

Inzwischen ist das Gesundheitsamt mit der Betreuung von ausländischen Prostituierten nach dem Prostitutionsschutzgesetz nach eigener Aussage überlastet. Prostituierte aus Südosteuropa sind verstärkt auf die sozialrechtliche Möglichkeit von Rückreisehilfen hinzuweisen, die ihnen ermöglichen, der brutalen Zuhälterei zu entfliehen.

Die Frauenrechtsorganisation Terre de Femmes warnt vor der Zunahme von Zwangsverheiratungen junger Mädchen aus dem muslimischen Kulturkreis. Die schulpflichtigen Mädchen werden meist in den Sommerferien in ihren Heimatländern an ältere Männer verheiratet, die zuvor von den Eltern ausgewählt wurde. Die AfD forderte regelmäßige Aufklärungskampagnen an den Schulen vor den Sommerferien – das Gleichstellungsbüro, Schulamt und Jugendamt müssen den Mädchen als Ansprechpartner zur Verfügung stehen. Dafür sind Mitarbeiter der Behörden und der Schulsozialarbeit im Hinblick auf die Problematik „Zwangsheirat“ zu sensibilisieren.

VI. Wirtschaft, Arbeit und Energie

„Industrieansiedlungen für Wohlstandssicherung.“

Neben großindustriellen „Schrumpfstellen“ gibt es in Dortmund einen vielschichtigen innovativen und starken Mittelstand, darunter zunehmend Betriebe aus Zukunftsbranchen wie Informationstechnologien (IT), Mikro-/Nanotechnologie, Robotik, Versicherungs- und Gesundheitswirtschaft sowie Logistik. Nach der weitgehenden Entindustrialisierung Dortmunds - dem Aus für die Kohle- und Stahlindustrie sowie dem radikalen Abbau beim Braugewerbe - befindet sich die Wirtschaft Dortmunds weiterhin im Umstrukturierungsprozess. Was leider niemand offen ausspricht: Großindustrielle Produktion und Vermarktung von Waren sind ein ganz wesentlicher Teil nachhaltiger wirtschaftlicher Prosperität, an der viele Bürger, vor allem auch über Arbeitsplatzangebote profitieren. Eine solch große, industriell begründete lange Zeit des Wohlstands, wie sie Dortmund jahrzehntelang erlebte, hat bis heute noch keine nachfolgende Wirtschaftsentwicklung nachgelagerter Branchen in unserer Stadt liefern können.

In Dortmund sind die sozialversicherungspflichtigen Stellen auf 246.000 gestiegen. Hier hat Dortmund von der guten Konjunktur der letzten Jahre in Deutschland profitiert. Allerdings sind zu viele „Zuwachs-Stellen“ heute im Niedriglohnsektor angesiedelt. Etliche Stellen sind Stellen auf Zeit, und die Euro-Gehälter reichen bei Arbeitern und Facharbeitern mit ihrer Kaufkraft heute eben bei weitem nicht an das heran, was seinerzeit in der Kohle- und Stahlindustrie zur D-Mark-Zeit verdient wurde.

Es muss weiterhin das Ziel der städtischen Wirtschaftsförderung und der damit einhergehenden Infrastruktur- und Verkehrsplanung sein, in unserer Stadt wieder klassische Industrieansiedlungen und große Mittelständler prioritär zu begrüßen und aktiv zu bewerben. Generell muss die Arbeit der Wirtschaftsförderung, die aus dem Stadthaushalt pro Jahr mit rund 14 Mio. Euro finanziert wird, auf allen Gebieten einer durchgreifenden Erfolgskontrolle unterzogen werden.

VII. Verkehr (Flughafen)

„Nein zum Millionengrab Flughafen mit seinen Billigflugverbindungen.“

Der Flughafen Dortmund ist zu schließen. Seit seinem Bestehen weist der Flughafen - ein Tochterunternehmen von DSW21 - in seiner Bilanz einen millionenschweren Fehlbedarf aus. 2019 waren es rund 12 Mio. Euro. Das vorläufige Betriebsergebnis weist ein Minus von 1,5 Mio. € aus. 2020 könnte der Bund allerdings die Kosten für die Flugsicherung übernehmen. Dank dieser Berliner „Finanzspritze“ könnte dann der Flughafen „schwarze Zahlen“ im operativen Geschäft schreiben. Die jährlich zweistelligen bilanziellen Millionenverluste trägt die Stadt-Tochter DSW21. Ursprünglich als Flughafen für Geschäftsverbindungen geplant, lebt der Airport heute weit überwiegend von der touristischen Billig-Fluglinie Wizz-Air mit ihren zahlreichen Flugverbindungen nach Südost-Europa. Auch mit noch mehr Flugverbindungen vor allem von/nach Rumänien, Bulgarien oder Moldawien wird es dem Flughafen-Management nicht gelingen, das operative Geschäft so nachhaltig und deutlich zu steigern, dass endlich entsprechende Mittel zur sukzessiven Tilgung der bilanzbelastenden historischen Altlasten (Abschreibungen - Kosten für den Ausbau und die Finanzierung) generiert werden können. Die Tilgung dieser Kosten könnte allerdings etwa durch den sukzessiven Verkauf von Beteiligungen oder etwa durch eine anderweitige Vermarktung des 220 ha großen Flughafen-Areals erreicht werden. Die Mehrzahl der Beschäftigten könnte ohne Probleme von der Muttergesellschaft übernommen werden.

VIII. Verkehr (allgemein)

„Gezielt Infrastruktur ausbauen.“

Die Stadt Dortmund hat sich in den letzten Jahren zu einem wichtigen Logistikstandort in NRW entwickelt. Viele Unternehmen des tertiären Sektors, der einen großen Anteil an der heutigen Wirtschaftsleistung der Stadt Dortmund hat, sind auf eine gute Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Daher soll die Stadt Dortmund vorrangig Investitionen in städtische Schienenwege, Straßen und den Dortmunder Industriehafen voranbringen. Ideologisch motivierte Projekte wie etwa eine vierspurige „Radschnellbahn“ rund um die Innenstadt lehnen wir als nicht bedarfsgerecht und zu kostenintensiv ab. Die dabei entfallenden Parkplätze erschweren außerdem die Lage des Einzelhandels.

Um nachhaltigen Umweltschutz zu erreichen, ist der öffentliche Verkehr mit Stadtbahnen und Bussen ein besonders wichtiges Element. Hier sind in den nächsten Jahren erhebliche Investitionen in die teils verschlissene Infrastruktur erforderlich, um einen reibungslosen Verkehr weiter aufrecht erhalten zu können. Dazu soll der öffentliche Verkehr in Dortmund weiter ausgebaut werden.

„Diesel-Fahrverbot verhindern“

Laut Handwerkskammer Dortmund droht rund 20.000 Klein- und Mittelständlern bei einem innerstädtischen Diesel-Fahrverbot die Existenzvernichtung. Dortmund muss sich gegen den Abmahnverein „Deutsche Umwelthilfe“ zur Wehr setzen. Hierzu bedarf es eines breiten Bündnisses nordrhein-westfälischer Kommunen. Messstellen und Richtwerte sind politisch, wissenschaftlich und technisch anzugreifen.

IX. Steuern

„Grundsteuern einfrieren und Bürokratiestopp.“

Wir setzen uns dafür ein, den Grundsteuerhebesatz in unserer Stadt für zunächst 5 Jahre nicht anzuheben. Das beugt Mietsteigerungen vor und wird dazu beitragen, dass mehr Immobilien-Eigentum in Dortmund geschaffen wird. Wir sprechen uns ebenso für eine Abschaffung der Zweitwohnungssteuer aus. Endlich massiv abzubauen sind ferner bürokratische Hemmnisse auf allen möglichen Gebieten.

X. Bauen

„Ja zu neuer Messe, nein zu Prestigeobjekten.“

In den nächsten Jahren stehen in Dortmund mehrere Großprojekte an; z.B. Um- und Ausbau des Messegeländes und der in Teilbereichen bereits angelaufene Umbau des Hauptbahnhofes mit einer völligen Umgestaltung des nördlichen Umfeldes. Die AfD Dortmund begrüßt solche sinnvollen Investitionen in den Wirtschaftsstandort Dortmund. Hingegen lehnen wir weitere unnötige, teure und rein ideologisch begründete Prestigeprojekte wie etwa das Fußballmuseum oder das Millionen-Grab „U“ ab. Privaten Bauträgern muss durch eine Entschlackung der Bebauungspläne und Abbau unnötiger Hemmnisse wie etwa der Zwang zur Dachbegrünung eine Investition leicht gemacht werden, um den steigenden Bedarf an Wohnraum in unserer Stadt decken zu können.

XI. Umwelt, Klima und Energie

„Bürgerschutz statt teurer Klimahysterie.“

Sorry, Greta. Es ist Tatsache, dass die These vom menschengemachten Klimawandel alles andere als wissenschaftlich unbestritten ist! Pläne, den Klimawandel zu stoppen, zeugen von Größenwahn und sollen den Bürgern noch mehr Geld aus der Tasche ziehen. In diesem Zusammenhang schützt die AfD auch den motorisierten Individualverkehr - ein Garant für Freiheit. Wer den Menschen angesichts des verändernden Klimas wirklich helfen will, bereitet sie auf Ereignisse wie Hitzeperioden, Starkregen und Stürme gezielt vor – etwa durch

Hitzeaktionspläne wie in der Schweiz oder über Regenrückhaltebecken und größere Kanalquerschnitte, wie im Dortmunder Westen bereits geschehen.

Nichtsdestotrotz setzt sich die AfD als Partei heimatverbundener Bürger für Belange des Umweltschutzes ein. Städtische Betonflächen sind zu entsiegeln und zu begrünen. Wildblumenwiesen auf brachliegendem städtischen Grund sind Bürgergängelei durch Steingärtenverbote oder einen innerstädtischen Dachbegrünungszwang vorzuziehen. Industriebrachen sind zu renaturieren. Hierbei müssen Bund und Land unterstützen.

Überall in der Stadt findet man vermehrt illegale Müllablagerungen. Es muss alles unternommen werden, um dieses unsoziale und Mitbürger missachtende Verhalten zu unterbinden. Wir unterstützen daher die vom Rat der Stadt beschlossene Einführung sogenannter „Mülldetektive“. Identifizierte „Müll-Täter“ sind konsequent mit angemessen hohen Bußgeldern zu belegen. Die Vollstreckung der Zahlung ist konsequent zu betreiben.

„RWE-Beteiligung und Energiesicherheit erhalten.“

Wir stehen zur der seit den 60er Jahren erfolgreichen Beteiligung der Stadt Dortmund an der RWE AG. Über DSW21 ist die Stadt Dortmund größter kommunaler Anteilseigner von RWE. Die Beteiligung spült schon seit VEW-Zeiten Millionen an Dividenden in die Kasse der Stadt bzw. ihrer Töchter. Ohne diese Gelder könnten der defizitäre öffentliche Personennahverkehr oder der Flughafen mittel- bis langfristig nicht betrieben werden. RWE leistet zudem mit seinen Grundlast-Kohlekraftwerken einen erheblichen Beitrag zur Energiesicherheit und zur Netzstabilität. Eine weitere Aufstockung der Beteiligung an RWE lehnen wir ab.

„Städtische Kontrolle über Wasser- und Energiewirtschaft.“

Wir setzen uns aus Gründen einer verantwortlichen kommunalen Daseinsfürsorge dafür ein, dass wesentliche städtische Unternehmen, darunter DSW21 und DEW21, kommunal beherrschte Unternehmen bleiben. Kommunale Wasser- und Energiewirtschaft dürfen nicht aus der Hand gegeben werden.

XII. Kommunale Selbstverwaltung und Personalpolitik

„Für eine zukunftsfähige Personalpolitik.“

Bund und Landbürden der Stadt Dortmund u.a. mit ihrer verfehlten Asyl- und Migrationspolitik umfangreiche Verwaltungsaufgaben auf, ohne sie dafür mit entsprechenden Finanzmitteln auszustatten. Die zusätzliche Arbeitsbelastung der Verwaltungsmitarbeiter hat zu einem Überhang an Überstunden und Fortschreibung von Urlaubsansprüchen geführt. Der Personalanstieg in den vergangenen Jahren - trotz fortschreitender Digitalisierung - liegt vielfach in den zusätzlichen Arbeitsfeldern im Bereich Migration und Integration begründet. Die enormen Kosten sollten vom „Verursacher“, dem Bund, getragen werden.

Die AfD fordert daher, dass Kosten für übertragene Aufgaben in voller Höhe vom Land bzw. Bund zu übernehmen sind.

Die Einhaltung dieses Grundsatzes führt wieder zu einer verstärkten Handlungsfreiheit der Stadt Dortmund. Entscheidungen können, da finanzielle Mittel wieder vorhanden sind, wieder vor Ort getroffen werden. Mit diesem Schritt wird der Weg frei für eine zukunftsorientierte Personalpolitik, die den gesellschaftlichen Wandel, die Digitalisierung, aber auch den Faktor Demografie berücksichtigen kann.

Weitere Gründe für einen Anstieg an Personalkosten der Stadt Dortmund sind die zahllosen rein linksideologisch begründeten Initiativen mit umfangreicher Personal- als auch Sachausstattungen, Integrationshelfer, Stadtteilbeauftragte, Genderexpert*innen u.s.w. Es handelt sich hier in erster Linie um sog. ‚Versorgungspöstchen‘ für Parteigänger der linksgrünen Altparteien. Dieser massive Missbrauch öffentlicher Gelder ist zu beenden.

Eine echte kommunale Personalpolitik mit Augenmaß - ohne Überbeanspruchung der Mitarbeiter - ist das Ziel der AfD.

„Besserer Schutz von städtischen Mitarbeitern im Arbeitsalltag.“

Nicht nur die Mitarbeiter des Außendienstes des Ordnungsamtes sind immer wieder Beleidigungen und körperlicher Gewalt ausgesetzt. Auch die Mitarbeiter der städtischen Behörden beklagen Angriffe im Arbeitsalltag. Die AfD fordert einen „Masterplan: Sicherheit der städtischen Angestellten“, welcher frei von polit-korrekten Denkverboten Sicherheitsmaßnahmen für die städtischen Mitarbeiter erarbeitet. Zudem bedarf es einer stadtweiten Datenbank, die Straftaten gegen Mitarbeiter erfasst und Profile von problematischen Behördenkunden anlegt. Die AfD steht an der Seite unserer städtischen Angestellten sowie Sanitäter- und Rettungskräften, die Tag für Tag für uns im Einsatz sind. Sie sind es wert, dass Ross und Reiter bei Angriffen gegen sie endlich benannt werden.

„Keine Postenschacherei nach Parteibuch.“

Pöstchen und Ämter werden in Dortmund vielfach nach einem Parteibuchproporz verteilt, wobei Sachverstand und Qualifikation auf der Strecke bleiben. Die AfD steht für eine Besetzung von hohen Verwaltungsposten und Leitungsposten, die sich nicht nach dem Parteibuch, sondern der Qualifikation der Bewerber richtet.

„Schlanke Stadt ohne immer mehr Versorgungsposten.“

Quartiersdemokraten, die den Stadtteil Dorstfeld „demokratisieren“ sollen, Beauftragte für Toleranz beim Amt des Oberbürgermeisters, die den „Kampf gegen Rechts“ überwachen, immer neue Schulsozialarbeiter, die die Sexualerziehung von Kindern übernehmen sollen oder ein Stab an Hofberichterstatlern, der den Oberbürgermeister in stadteigenen Postillen ins rechte Licht rücken soll: Die AfD ist eine freiheitliche Partei, die für eine effiziente und schlanke Verwaltung eintritt. Sie stellt sich daher der roten Pöstchenwirtschaft im Rathaus und der Erfindung von neuen Stellen, die letztlich nur der Versorgung von Parteifreunden dienen, entschieden entgegen. Die Stadtverwaltung muss den Bürgern dienen und nicht als Patronagesystem für die alten Parteien.

XIII. Bildung

„Neutrale Schule ohne Extremismus.“

In Dortmund haben sich zahlreiche Schulen der Initiative „Schule ohne Rassismus“ verschrieben. Unter dem Deckmantel der „Schule ohne Rassismus“ wird zunehmend tendenziös gegen rechtsdemokratische Politikkonzepte agitiert. Schule muss aber politisch neutral sein und darf legitime Positionen nicht einseitig diskreditieren. Die AfD fordert daher eine „Neutrale Schule ohne Extremismus“, die neben Gewalt- auch Extremismusprävention betreibt. Der Kampf gegen Salafismus, islamischen Antisemitismus und Homophobie, Deutschenfeindlichkeit sowie Linksextremismus müssen neben dem Rechtsextremismus thematisiert werden, um Schüler für extremistisches Gedankengut zu sensibilisieren. Das gilt umso mehr, als es in Dortmund schon Schulen mit einem Anteil von bis zu 100% Schülern mit Migrationshintergrund gibt.

„Förderschulen erhalten.“

Die AfD bekennt sich zum dreigliedrigen Schulsystem, welches jedem Kind eine individuelle Förderung zu Teil werden lässt. Das Inklusionsprojekt hat sich als falsch und teilweise schädlich herausgestellt. Unter dem Vorwand der Integration von behinderten Kindern in den Schulalltag schloss die Politik die kostenintensiven Förderschulen. Kinder mit einem besonderen Förderbedarf benötigen die Förderschule und können nicht in den Regelschulbetrieb integriert werden. Die Einrichtung des „Beratungshauses Inklusion“ hat gezeigt, dass immer mehr Lehrer, Eltern und Schüler durch die Inklusion im Lernalltag überfordert sind und es inzwischen einer externen Schulberatung bedarf. Die AfD steht daher für einen Erhalt der Förderschulen. Nur Förderschulen sichern den pädagogisch-therapeutischen Förderbedarf, den Kinder mit Behinderung verdienen. Die Förderung von behinderten Kindern muss uns auch Mehrausgaben wert sein!

XIV. Kultur

„Kultur vor Missbrauch durch Politpropaganda schützen.“

Das kulturelle Angebot einer Stadt ist ohne steuerfinanzierte Förderung qualitativ nicht aufrechtzuerhalten. Zwar existieren Sparten, die sich kommerziell erfolgreich behaupten können, jedoch gilt das vorrangig für Veranstaltungen des Unterhaltungsmarktes. Kultur soll und muss aber mehr leisten, als nur den berechtigten Ansprüchen von Spaß und Vergnügung gerecht zu werden. In einer zunehmend rationalen Welt erfüllen Kunst und Kultur die wichtige Aufgabe des emotionalen Bildungsangebotes. Daher sind wir der Auffassung, dass die Tätigkeit von Künstlern in einer aufgeklärten Gesellschaft unverzichtbar ist. In der zunehmenden Subventionierung kultureller Angebote sehen wir aber auch Risiken, wie etwa die Gefahr der Entfremdung von Kunstwerk und Publikum. Das Abdriften des zeitgenössischen Regietheaters - vorbei am Zuschauer - ins absurd Lebensfremde ist hierfür exemplarisch. Hinzu kommt die Vereinnahmung der Bühnen durch die geldgebende Politik zu deren Zwecken. So entsteht Gesinnungskultur bis hin zu leidigem Agit-Prop. Wir fordern daher, nur solche Angebote mit dem Geld des Steuerzahlers zu unterstützen, die nicht einseitig politisch wirken.

Natürlich soll jeder auf eigene Rechnung sein Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnehmen können, die staatliche Subventionierung von Personen, Vereinen, Verbänden oder Betrieben mit klarer politischer Tendenz ist jedoch unzulässig. Wir fordern weiterhin, die Maßnahmen zur kulturellen Förderung wieder stärker auf Qualität, statt auf Quantität zu fokussieren. Dieser Anspruch bezüglich des Angebots schließt auch die Forderung an das Publikum ein, entsprechende Darbietungen nicht als beliebige Selbstverständlichkeit zu begreifen. Unentgeltliche Anpreisungen kultureller Leistungen zur Schaffung einer Gratismentalität lehnen wir ab. Zu befürworten sind hingegen günstige Konditionen für Kinder, Auszubildende, Studenten und Senioren.

XV. Demokratie und Verwaltung

„Bürgerbeteiligung durch Bürgergutachten stärken.“

Bürgermut tut Dortmund gut. Leider nehmen die Bürger unserer Stadt direktdemokratische Mittel, wie den Bürgerentscheid oder das Bürgerbegehren, kaum in Anspruch. Die gesetzlichen Hürden sind aus Sicht der Dortmunder AfD zu hoch. Um trotzdem eine stärkere Bürgerbeteiligung und Partizipation zu ermöglichen, sollten verstärkt „Bürgergutachten“ und „Planungszellen“ durchgeführt werden. Hierzu werden Bürger bei Verwaltungsvorhaben, ähnlich wie bei einer Jury, ausgewählt. Sie erhalten uneingeschränkten Zugang zu Fachexperten und müssen in einem vorgegebenen Zeitraum der Verwaltung einen Entscheidungsvorschlag unterbreiten. Insbesondere im Bereich der Sicherheit oder Stadtplanung müssen Bürger eng in Verwaltungsvorgänge eingebunden werden, um dem erstarrten Parteienstaat frischen Bürgermut entgegenzusetzen.

„Kein Gender-Gaga in der Verwaltungssprache.“

Inzwischen vertraut auch Dortmund auf eine sogenannte gendergerechte Sprache. Dies hält die AfD für einen linksideologischen Irrweg, der für die Bürger der Stadt kaum noch nachvollziehbar ist. Die Verwaltungssprache der Stadt muss verständlich und bürgernah sein und darf sich nicht genderpolitischen Verhuzungen unterwerfen. Ein Rednerpult ist eben kein „Redepult“!

XVI. Sport

„Förderung des E-Sports ist zu begrüßen.“

E-Sports ist Teil der „Gamingbranche“ und von reinen Video- und Computerspielen dadurch abzugrenzen, dass die Spieler unter festgesetzten Regeln in einen Wettkampf untereinander treten. E-Sports-Turniere fanden auch in Dortmund bereits im Fußballmuseum, den Westfalenhallen oder dem Signal-Iduna-Park statt. Die Bundesregierung hat sich die Förderung des eSports in ihrem Koalitionsvertrag zum Ziel gesetzt. Verschiedenste politische Gremien auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene beraten derzeit über die Anerkennung des eSports als Sportart und die Gemeinnützigkeit von eSport-Vereinen. Auch die AfD und ihre Jugendorganisation - die Junge Alternative - begrüßen eSports-Initiativen und treten für eine

Stärkung dieser Freizeitaktivität ein. Hierbei müssen selbstverständlich jugendgefährdende sowie gesundheitspolitische Aspekte Berücksichtigung finden.

XVII. Gesundheit

„Kinderklinikum muss finanziell gestärkt werden.“

Bekanntermaßen sind viele Kinderkliniken finanziell und personell unterfinanziert. Aufgrund der wirtschaftlichen Lage der Kliniken werden insbesondere akut erkrankte Kinder immer häufiger abgewiesen. Dass die Versorgung von Kindern trotz wachsenden Bedarfs auch in NRW abgebaut wird, zeigen Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Vor 20 Jahren gab es in der Kindermedizin etwa 5300 Betten bei rund 213.000 Fällen, 2017 dagegen nur noch 4500 Betten für 236.000 Fälle. Auch bundesweit sind die Fallzahlen gestiegen, die Bettenzahl ist seit 1997 um fast 60 Prozent gesunken. Die Ursache hierfür sehen die Initiatoren der Studie in der einheitlichen Vergütung von erwachsenen Patienten und Patienten im Kindesalter. Durch Zahlung einer Durchschnittspauschale durch die Krankenkassen würde der erhöhte Versorgungsaufwand von erkrankten Kindern nicht berücksichtigt. Auch das Dortmunder Kinderklinikum befindet sich in einer finanziellen Schieflage. Diesem fehlen rund 60 Millionen Euro für einen dringend benötigten Neubau. Die AfD setzt sich für eine finanzielle Stärkung des Kinderklinikums ein. Eine Klinikkonzentration zulasten von Kinderpatienten ist mit uns nicht zu machen.

XVIII. Öffentliche Sicherheit und Ordnung

„Endlich echte Sicherheit statt „gefühlte Sicherheit“ schaffen.“

Der Bereich der öffentlichen Sicherheit und Ordnung bewegt sich im Spannungsfeld von Kommunal- und Landespolitik. Einsatz und Finanzierung der Polizei sind grundsätzlich Ländersache. Das ändert jedoch nichts daran, dass die Stadt in ihren Zuständigkeitsbereichen ebenfalls Sicherheit für die Bürger zu leisten und Ordnung zu schaffen hat. Immer wieder sprechen die Polizei und Ordnungsbehörden von zu schaffender „gefühlter Sicherheit“. Wir meinen: Behörden sind nicht dazu da, den Bürgern „Gefühle“ zu vermitteln. Vielmehr geht es darum, echte Sicherheit für die Bürger zu schaffen.

„Stärkere Kooperation zwischen Stadt und Polizei.“

Stadt und Polizei müssen trotz ihrer unterschiedlichen Zuständigkeiten enger als bisher abgestimmt kooperieren. Dazu muss die Stadt weit stärker als bisher Ansprüche an die Polizei formulieren und diese Ansprüche etwa gegenüber dem Innenministerium oder über Vertreter im Dortmunder Polizeibeirat zum Ausdruck bringen.

Das gilt auch für eine konsequente Ausweitung der Videobeobachtung in Bereichen mit erhöhter Kriminalität. Videomaterial trägt inzwischen erheblich zur Täterermittlung und Beweisführung bei. Videobeweismittel dienen auch vor allem den berechtigten Ansprüchen der Opfer und wirken zugleich auch präventiv mit Blick auf Kriminalität.

„Herkunft der Angreifer von Rettungskräften feststellen.“

Immer wieder - und jeder Fall ist einer zu viel - werden bei Einsätzen Feuerwehr, Rettungssanitäter, Notärzte und inzwischen auch Personal in Krankenhäusern von Einzeltätern oder sich spontan zusammenrottenden Mobs respektlos auf das Übelste beschimpft oder angegriffen. Inzwischen sind diese zunehmenden Delikte ein ernsthaftes Problem für die Arbeit der Rettungskräfte. Wir fordern, dass den Ursachen dieses respektlosen und unerträglichen Verhaltens der Täter, das es bis Mitte der 1990er Jahre quasi nicht gab, endlich konsequent auf den Grund gegangen wird. Dazu ist zwingend auch die ethnische Herkunft zu dokumentieren. Die jeweiligen städtischen Institutionen halten die Beschreibungen dann statistisch fest. Eine Auswertung erfolgt jährlich und wird veröffentlicht.

„Ordnungspartnerschaften ausbauen.“

Die Ordnungspartnerschaft - Streifen von Polizei und Ordnungsamt - hat sich bewährt und muss ausgebaut werden. Wir begrüßen die Ausrüstung der städtischen Mitarbeiter des Ordnungsamtes mit Einsatzmehrzweckstöcken. Hier stehen wir vor allem auch hinter den städtischen Beschäftigten, die sich schützen müssen.

„Alkoholverbot an gefährdeten Örtlichkeiten.“

Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit ist einem wachsenden Problem geworden. Trinker-Szenen, die sich an immer mehr Örtlichkeiten in der Stadt etablieren, sind Ausdruck gesellschaftlicher Verwahrlosung und Vorstufen von Slum-Bildungen. Pöbeleien, Sachbeschädigungen und auch Körperverletzungen sind Ausprägungen solcher öffentlicher Trinker-Szenen, abgesehen von dem unsäglich schlechten Beispiel für Jugendliche und Kinder. Die AfD tritt daher für ein Alkoholverbot auf besonders betroffenen öffentlichen Wegen und Plätzen ein.

„Bürger schützen statt Bürger blitzten.“

Als Autofahrerpartei lehnt die AfD den Missbrauch von Blitzanlagen zur Aufbesserung des kommunalen Haushalts ab. Die Verkehrsüberwachung darf nur aus Gründen der Verkehrssicherheit erfolgen, jedoch nicht um die Stadtkasse zu füllen.

Beschlossen am 29.02.2020 auf dem Kreisparteitag der AfD Dortmund